

Linz Sintstraße: Initiative Denkmalschutz zur Arbeitersiedlung: Teilabriss wäre Bankrotterklärung des Denkmalschutzes in Österreich!

Utl.: Noch 2012 war Zerstörung dieser Zwischenkriegs-Moderne für Denkmalamt wegen Einzigartigkeit und Geschlossenheit undenkbar! =

Wien (OTS) - Heute wollen die neuen Eigentümer der denkmalgeschützten Arbeiterhäuserkolonie, die GWG (Gemeinnützige Wohnungs-gesellschaft der Stadt Linz GmbH) sowie Strabag Real Estate die weitere Zukunft der Anlage in der Sintstraße 3-37 (Lustenau/Industriegebiet-Hafen) präsentieren und beabsichtigen dabei offenbar den Teilabriss, obwohl das Bundesdenkmalamt in einem langen Unterschutzstellungsverfahren 2006-2012 gerade die Wichtigkeit der gesamten Erhaltung der 1927-31 vom bekannten und für Linz prägenden Architekten und Stadtbaudirektor Curt Kühne erbauten Anlage betont hatte (14-seitiger Bescheid).

Will jetzt Eigentümer Denkmalamt vor vollendete Tatsachen stellen?

Im Februar wurden - in einem streng geheimen Verfahren, abseits der Öffentlichkeit und ohne Kenntnis des Bundesdenkmalamtes (BDA)! - Vorbereitungen zum Abriss von sieben der 18 denkmalgeschützten Arbeiterwohnhäuser getroffen, indem man bereits am 8.2.2021 eine Einladung zur Abgabe von Bewerbungsunterlagen für Architekturleistungen, Wohnbebauung Sintstraße 3-37 ausgegeben hat. Darin wird behauptet, dass es bereits eine Absprache mit dem BDA gäbe, dass der Abriss der Häuser Sintstraße 3 und 5 im Norden sowie Sintstraße 27-37 im Süden seitens des BDA als "denkmalverträglich eingestuft" wird! Nach Rücksprache im BDA seitens der Initiative Denkmalschutz (19.4.) wusste man davon nichts und sprach hingegen von "vielen Falschmeldungen", die "kursieren", denn es wurde auch noch kein Antrag auf Veränderung gemäß § 5 Denkmalschutzgesetz gestellt.

Vor Bankrotterklärung des Denkmalschutzes in Österreich?

Im Rahmen des Unterschutzstellungsverfahrens hat der beim BDA angesiedelte Denkmalbeirat 2011 die Sanierbarkeit aller Gebäude bestätigt. Seitdem wird sich die Bausubstanz kaum verbessert haben. Will man den Eigentümer jetzt auch noch dafür belohnen, dass er nichts in die Bausubstanz investiert hat, und einem Teilabriss doch noch zustimmen? Wenn die STRABAG die Anlage nicht schützen will, dann

soll sie diese weiterverkaufen, es gäbe genug interessierte Käufer, die die Arbeiterhäuser komplett sanieren wollen. Offenbar geht es aber nur um reine Profitmaximierung, zum Schaden des österreichischen Kulturerbes. Dieser Fall ist beispielhaft für den maroden Zustand des Denkmalschutzes in Österreich. Wann werden endlich nachhaltige Reformen seitens der Bundesregierung unternommen? Oder will man sich ernsthaft mit dieser skandalösen Bankrotterklärung zufrieden geben? Die Initiative Denkmalschutz fordert - wie auch das Denkmalamt 2012 - die Gesamterhaltung der denkmalgeschützten Arbeitersiedlung.

~

Rückfragehinweis:

Markus Landerer (0699/1024 4216) und DI Dr. Alexander Schmiderer (0664/750 545 42), Verein Initiative Denkmalschutz, www.idms.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/6940/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0020 2021-06-14/09:07

140907 Jun 21

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20210614_OTS0020